

AUS DEN BUNDESLÄNDERN

NORDRHEIN-WESTFALEN

Neues Beschwerdeverfahren beim Landschaftsverband

Der Krankenhausausschuß des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe hat eine fünfköpfige Kommission gebildet, die in Zukunft Beschwerden, Sorgen und Anregungen der Patienten der Psychiatrischen Fachkrankenhäuser und Spezialkliniken direkt entgegennehmen soll. Bisher hatte die Verwaltung des Landschaftsverbandes allein über Beschwerden von Patienten entschieden. Die neue Kommission wird alle Eingaben überprüfen, mit den Patienten sprechen und der Verwaltung des Landschaftsverbandes jeweils entsprechende Empfehlungen geben. LVWL

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Arzneimittelüberwachung erfolgreich

Die Zahl der Beanstandungen bei Arzneimitteln ist in Schleswig-Holstein während der siebenjährigen Tätigkeit der Überwachungsstelle in Kiel um mehr als die Hälfte gesunken. Waren 1972 von den untersuchten Proben fast 68 Prozent nicht in Ordnung, so sank der Prozentsatz der Mängelberichte 1978 auf unter 30. Diese Angaben machte Sozialminister Karl Eduard Claussen vor der Landespresskonferenz in Kiel.

Nach Claussens Darstellung ist bemerkenswert, daß schwerwiegende Beanstandungen nur noch selten auftreten. Angesichts der Zahl der Betriebe, des Anteils an der Gesamtpharma Produktion und der Menge der jährlich untersuchten Proben ergebe sich für Schleswig-Holstein im Vergleich zu den anderen Bundesländern „die intensivste Überwachung“ auf dem Arzneimittelsektor. Das Verhältnis zwischen Firmen und

Überwachungsstelle sei „in der Regel gut“. Dies zeige sich schon dadurch, daß die erforderlichen Maßnahmen fast immer ohne Bußgeldbescheide oder Strafanzeigen durchzusetzen waren.

Für die Ausstattung der Überwachungsstelle stellte die Landesregierung bisher insgesamt rund 600 000 DM bereit. Bei den Arzneimittelproben werden Wirkstoffe, Gewichtsabweichungen, Zerfallzeiten und Dosierungsschwankungen untersucht. yn

NIEDERSACHSEN

Herzchirurgische Zentren werden ausgebaut

Nach einer Mitteilung von Sozialminister Hermann Schnipkoweit im Landtag wurden im vergangenen Jahr in Niedersachsen 1195 Operationen am offenen Herzen ausgeführt, davon 465 im Klinikum der Universität Göttingen und 630 an der Medizinischen Hochschule Hannover.

Der geschätzte Bedarf liegt nach Schnipkoweit bei 2400 bis 2800 Operationen im Jahr. Durch Verstärkung des Personals soll die Operationskapazität der beiden Zentren in Niedersachsen bis zum Jahre 1981 so weit erhöht werden, daß je 1000 Operationen jährlich möglich sein werden. Ein drittes Herzchirurgisches Zentrum in Niedersachsen hält der Sozialminister zur Zeit noch nicht für erforderlich. Denn in den Ländern Nordrhein-Westfalen und Bremen würden neue Zentren geplant, außerdem sollen in Gießen, Hamburg und Kiel die Kapazitäten gesteigert werden.

Und ein Drittel der gegenwärtig in Niedersachsen herzchirurgisch versorgten Patienten kommen nach Schnipkoweit Angaben zur Zeit aus dem östlichen Nordrhein-Westfalen, dem nördlichen Hessen sowie aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen. WZ

AUS EUROPA

ITALIEN

Ärzte im Industrialisierungsprozeß

Der Direktor des Alfa-Romeo-Werkes in Pomigliano d'Arco bei Neapel, in dem der „Alfasud“ produziert wird, hat sich mit eingeschriebenen Briefen an das gesetzliche Krankenversicherungs-Institut INAM und an die napolitanische Ärztekammer gewandt und sich über den hohen Krankenstand in seiner Fabrik beklagt. Zeitweise seien in einzelnen Abteilungen und Schichten zwischen 23 und 38 Prozent der Beschäftigten krank geschrieben gewesen; im Januar fehlten – immer mit ärztlichen Bescheinigungen – im Monatsdurchschnitt 15,4 Prozent der Arbeiter der ersten und 19,4 Prozent der zweiten Schicht. Insgesamt habe das Personalbüro im Januar 15 118 Krankschreibungen erhalten – das sind mehr als die gesamte Beschäftigtenzahl des Werkes. Der Direktor vermutet, daß es bei diesen Krankschreibungen nicht mit rechten Dingen zugehe, und er verlangt von der (allerdings in Auflösung befindlichen) Krankenkasse und von den Ärzten Abhilfe.

Der Hintergrund für dieses ungewöhnliche Ausmaß der Krankschreibungen: Aus verschiedenen Gründen fanden in den letzten Wochen mehrfach kurze Streiks statt. So proklamierten die Gewerkschaften einen vierstündigen Proteststreik der zweiten Schicht, als im Januar ein Gewerkschaftsfunktionär in Genua Opfer eines terroristischen Attentats wurde. Im März wurde – wieder nachmittags – ein vierstündiger Warnstreik zur Unterstützung von Vertragsverhandlungen ausgerufen. Streikgelder jedoch gibt es in Italien nicht. Viele Spätschichtarbeiter zogen deshalb dem mit dem Streik verbundenen Lohnausfall für vier Stunden einen Besuch beim Arzt vor. Damit aber bekamen sie nicht nur die vier Streikstunden bezahlt,

sondern auch eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung für den Rest des Tages und die beiden folgenden. An den Streikveranstaltungen selbst nahmen regelmäßig nur etwa 1000 Arbeiter teil.

Es gibt, so schreibt der Direktor, auch eine ganze Anzahl von anderen Anlässen, die ebenfalls beachtliche Mengen von Krankenschreibungen hervorrufen, so zum Beispiel Fußballspiele in der Gegend oder im Fernsehen oder die zahlreichen Feiertage, die jedoch nicht arbeitsfrei sind. Das staatliche Werk, das als Beitrag zur industriellen Erschließung des Südens errichtet worden ist, hat im vergangenen Jahr statt der geplanten 160 000 nur 103 000 Alfasuds produziert, und die Stückkosten liegen infolgedessen um rund 1700 DM über dem Verkaufspreis. Als Privatfirma wäre dieses Werk längst pleite.

Der Betriebsrat hat in einer Stellungnahme nach dreitägigen Beratungen sein Bedauern über solche Vorfälle ausgesprochen, die geeignet wären, die Errungenschaften der Arbeiterbewegung zu gefährden; er wirft aber dem Werk vor, repressive und administrative Maßnahmen zu ergreifen, statt die wahren Gründe zu bekämpfen. Als solche „wahren“ Gründe nennt er die Weigerung von Alfa Romeo, das Werk, früheren Plänen und den Forderungen der Gewerkschaften entsprechend, auf doppelte Größe zu erweitern. Tatsächlich gibt es wahre Gründe, allerdings andere, als sie der Betriebsrat findet: Einer ist der, daß das Werk nicht frei ist in der Wahl seiner Arbeitskräfte, sondern Arbeitslose nach einem „Anciennitätsprinzip“ von den Arbeitsämtern übernehmen muß. Dabei handelt es sich meist um Bauarbeiter, die gewohnt sind, in Gruppen unter einem für die Arbeitsbeschaffung sorgenden „Capo“ zusammenzuarbeiten. Wer aber aus einer solchen, uralten Tradition der Gruppenbildung kommt, der ist im Fließbandsystem eines modernen Industriekomplexes so gut wie heimatlos und verunsichert; eine

Bindung zum Werk und zur Arbeit kommt nicht zustande. Wenige hundert Meter von Alfasud entfernt steht ein kleines, älteres Alfa-Romeo-Werk, in dem unter anderem Flugmotoren gewartet werden. Es hat einen seit langem mit dem Werk verbundenen Facharbeiterstamm und keinerlei Streik- oder Krankheitsprobleme.

So sind die Ärzte von Neapel in die sozio-psychologische Problematik der forcierten Industrialisierung eines an der Landwirtschaft und an Dienstleistungen orientierten Gebietes hineingeraten, und ihnen wird jetzt die Schuld daran zugeschoben, daß das nicht so klappen kann wie in Turin, Detroit oder Stuttgart. bt

FRANKREICH

Morde an Ärzten als Selbstjustiz

Innerhalb weniger Monate wurden in Lille und Roubaix in Nordfrankreich von Patienten, die sich nicht richtig behandelt glaubten, zwei Ärzte erschossen. Der Ärzteverband Nord beschloß daraufhin, daß am 20. April, dem Tag der Beerdigung des letzten Opfers, die Praxen geschlossen blieben. „Das Verhältnis Arzt-Patient verschlechtert sich zusehends in einer Zeit“, heißt es in einer Verlautbarung des Ärzteverbands Nord, „wo die Jagd auf Verantwortliche systematisch organisiert wird. Wem zudem ein ergangenes Gerichtsurteil nicht paßt, übt Selbstjustiz. Schadenersatz und Bestrafung werden ohne eingehende Untersuchung verlangt. Die Ansprüche auf Genesung und auf Sozialleistungen werden unterschiedslos geltend gemacht. Ärzte wurden schon verprügelt, weil sie die Ausstellung einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung als nicht gerechtfertigt erachteten und deshalb verweigerten. Diese Atmosphäre der Unsicherheit schadet sowohl den Patienten als auch den Ärzten“, heißt es abschließend in dem Kommuniké. gn

VOGELJAGD

Der Beschluß der Bundesärztekammer, ihren Kongreß in Montecatini für 1979 abzusagen, hat neben Verständnis auch einige Kritik hervorgerufen. Auf einige der Vorwürfe hat Dr. med. Gerd Iversen, auf dessen stetige Bemühungen der Bundesärztekammer-Beschluß im wesentlichen zurückgeht, in Heft 1/1979 geantwortet: „Die Verantwortung ist international – auch das Ignorantentum?“. Hierbei ging es im wesentlichen um die Begründung des BÄK-Beschlusses, den Kongreß aus ökologischen Erwägungen, aus Protest gegen die Singvogeljagd in Italien abzusagen.

Adagio, adagio – der Wandel kommt

Ich stimme überein mit dem Kollegen Iversen im Grundsätzlichen und in der Verurteilung automatischer Jagdwaffen und elektronischer Ortungsgeräte zum frühzeitigen Ausschalten der gen Süden ziehenden Vogelschwärme. Aber Technik schreitet nun einmal fort und trotz aller Lärmschutzverordnungen knattern Kleinstmotorräder auch in Deutschland, ohne daß sich jemand darum kümmert. Die Italiener sind eben ehrlicher, daß sie einen festen Begriff im „legge truffa“ besitzen, der bei uns ebenso vorhanden aber unausgesprochen geduldig ertragen wird. Ist es nicht nach jahrhundertelanger Tradition schon ein Fortschritt, daß es zu einem legge truffa gekommen ist; die Zeit wird durch die regionalen Jagdgesetze adagio, adagio einen Wandel eintreten lassen. Prof. Brogгинi und P. Bondietti stehen ja nicht allein.

Die Bemerkung auf eine Rückfrage bei der Bundesärztekammer scheint darauf hinzuweisen, daß man dort über besondere Informationen verfügt. Alles etwas konfus, wenn man nur das DEUTSCHES ÄRZTEBLATT zur Verfügung hat. Um nicht falsch verstanden zu werden, darf ich nochmals wiederholen, daß ich durchaus der Meinung derjenigen bin, alles zu unternehmen, der Vogeljagd den Garaus zu machen. Herr Kollege Iversen scheint mir allerdings in seinem Ton für eine grenzüberschreitende Diskussion nicht der geeignete Advokat zu sein. Im